

RUPERT BIEDRAWA

MANIFEST
DES ÖKOLOGISCHEN HUMANISMUS

EIN APPELL AN ALLE,
VOR ALLEM AN DIE POLITISCH VERANTWORTLICHEN

PHILOSOPHISCHE UND POLITISCHE GRUNDLAGEN
FÜR EINE ÖKOLOGISCHE UND HUMANE WELTORDNUNG

© 2021 Rupert Biedrawa

Umschlaggestaltung: myMorawa

Verlag: myMorawa von Dataform Media GmbH

www.mymorawa.com

ISBN:

978-3-99125-641-0 (Paperback)

978-3-99125-681-6 (E-Book)



Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages und des Autors unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.

Im Andenken
an eine der ersten und konsequentesten Umweltschützerinnen -
an die Friedensnobelpreisträgerin -
Wangari Maathai
1.4.1940 - 25.9.2011

für alle, die sich
für die Erhaltung der Lebensgrundlagen
und für die wunderbare Schöpfung
auf unserem Planeten engagieren

unter anderem für die
Umweltorganisationen

BUND, Club of Rome, Earth Guardians,
Extinction Rebellion, Fridays-For-Future, Greenpeace,
350.ORG, Plant for the Planet, Rise Up Movement

für die unzähligen engagierten
Umwelt-Aktivistinnen und -Aktivisten
unter anderem für

Jakob Blasel, Felix und Frithjof Finkbeiner, Makenna Muigai,
Xiuhtezcatl Martinez, Louis Motaal, Vanessa Nakate,
Louisa Neubauer

und
last but not least
für
Greta Thunberg
und

für meine Frau Christine
und unsere Kinder und Enkelkinder
Vera, Clemens, Gabriel, Marlene, Lucy, Nils und Noah

Vorwort zur 1. Ausgabe

Bis zur Jahreswende 2019/20, als die Covid-19-Pandemie ausbrach, hatte dank Greta Thunberg und dank der Fridays-for-Future-Bewegung das allgemeine Umweltbewusstsein eine großartige Intensität erlangt, wie das seit Jahrzehnten nicht mehr der Fall gewesen war. Nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern auch unter vielen politisch Verantwortlichen war das Bewusstsein erwacht, man müsse nun konsequenter vorgehen, um den existenzbedrohlichen Entwicklungen unserer traditionellen Weltwirtschaft und Weltpolitik entgegenzutreten. Die Lobbys der fossilen Industrien und der Waffenindustrien beherrschten zwar noch weiterhin in ihren umweltzerstörerischen und menschenfeindlichen Einflüssen die Weltpolitik, aber es gab erstmals ernste politische Ansätze und Programme, so von der EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen im geplanten „European Green Deal“, um mit größeren Reformen den Weg zu einer ökologischeren Weltwirtschaft und Weltpolitik zu ebnen. Zwar gab es politische Kräfte, die damals wie heute diese Reformen zu sabotieren versuchten, aber die unzähligen Umweltschutzbewegungen, die glücklicherweise heute immer größer werden, hatten weltweit ein wachsendes Bewusstsein dafür geschaffen, dass heute eigentlich die ganze Menschheit dazu aufgerufen ist, unsere Welt vor der weiteren Selbstzerstörung zu retten.

Dann aber kam in diesem wichtigen Augenblick der Weltgeschichte, eben zur Jahreswende 2019/20, die Corona-Pandemie. Alle politischen Debatten und Bemühungen mussten sich auf dieses neue Thema konzentrieren und man konnte sich fragen, ob dieses Thema, zumindest bis zur Herstellung eines Impfstoffs gegen den Corona-Virus, nicht noch 1 bis 2 Jahre die ökologischen und übrigen existenzbedrohlichen Probleme verdrängen würde.

Der Mensch hat nur eine begrenzte Kapazität für die Bewältigung von Problemen. Aber gerade deshalb muss er lernen, bestimmte Prioritäten zu setzen, um sich vorrangig auf die wichtigsten Aufgaben zu konzentrieren, die sein Überleben sichern und verbessern.

Doch eben das tut der Mensch nicht immer. Auf Grund gesellschaftlicher Zwänge, auf Grund der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, aber auch auf Grund falscher moralischer Entscheidungen oder falscher Zielsetzungen, für die der Einzelne selbst verantwortlich ist, erfüllen unzählige Menschen unter Umständen ihr Leben lang Aufgaben und Berufe, die mehr dem Verderben als dem Überleben der Menschheit dienen. Die Tatsache, dass sich die Menschheit heute in einer Klimakrise und in der Gefahr befindet, mehr auf die eigene Selbstzerstörung als auf das eigene Überleben zuzusteuern, ist vor allem die Folge davon, dass der Mensch in seinen politischen, moralischen und privaten Entscheidungen falsche Prioritäten gesetzt hat.

In dieser Situation unzähliger globaler Fehlentwicklungen in der Weltpolitik, beispielsweise auf Grund der Konzentration des Kapitals auf die militärische Aufrüstung anstatt auf Unterstützungen einer besseren Umweltpolitik und Entwicklungszusammenarbeit, kam es nun auch noch zur Corona-Krise. Die meisten Staaten, die davon betroffen waren, mussten mit einem Niederfahren der Wirtschaft reagieren. Trotz der Bemühungen vieler Regierungen, mit den Steuern des mühsam erarbeiteten und ersparten Staatskapitals Arbeitsplätze weitestmöglich zu erhalten, musste man aber schon von Anfang an damit rechnen, dass es in der Folge zu einer größeren Arbeitslosigkeit kommen würde.

Andrerseits bot jedoch diese Situation auch die Möglichkeit zu einer Neuaufstellung von Prioritäten, die heute von Seiten aller politisch Verantwortlichen, aber auch von Seiten der Eigenverantwortung jedes Einzelnen gesetzt werden sollten, wenn wir nach der Corona-Krise die übrigen großen Probleme der Gegenwart besser als bisher angehen wollen.

Im vorliegenden Manifest geht es in diesem Sinn vor allem darum, zunächst in einem ersten Teil möglichst alle Ursachen für die globalen Missstände unserer Zeit zu diagnostizieren, um dann in den folgenden Teilen die kausalen Strategien zur Bewältigung dieser Missstände darzustellen.

Im zweiten Teil wurde dann versucht, Ansätze zu einer neuen Philosophie und Ethik zu schaffen, weil ja viele globale Missstände, unter anderem auch die ökologischen, auf destruktiv egoistischen, einseitigen und extremistischen Wertvorstellungen beruhen, die in vielen Bereichen das Denken der politisch Verantwortlichen und auch das Denken vieler Menschen beherrschen. Obwohl es in den meisten traditionellen Wertsystemen viele wertvolle Grundsätze gibt, gibt es in diesen auch viele Vorurteile, die überwunden werden müssen, wenn wir in ökologischer und sozialer Weise unserer Umwelt und Mitwelt zukünftig gerechter werden wollen. Was aber in dieser Notwendigkeit zu Reformen für viele traditionelle Wertsysteme zutrifft, trifft ebenso zu für viele moderne Wertsysteme, in denen oft in anderer Weise ein einseitig doktrinäres und dogmatisches System vertreten wird. Kurz: Wir brauchen dringend eine neue Moralphilosophie, in der man mit dem Bemühen um mehr Ganzheitlichkeit, Wahrhaftigkeit und Wissenschaftlichkeit und vor allem mit mehr Toleranz und Liebe an das menschliche Leben herangehen müsste. Im dritten Teil dieses Manifests geht es dann vor allem um die politischen Konsequenzen dieser Philosophie.

Manches ist in dieser Schrift gewiss unvollständig und ergänzungsbedürftig, aber ich habe mich dennoch immer wieder bemüht, möglichst vollständig und aus einer möglichst ganzheitlichen Sicht sowohl die allgemeinen Probleme des Menschseins, zumindest seit der Entwicklung zu unseren Zivilisationen vor circa 10 000 Jahren, als auch die speziellen Probleme des Menschen seit der Industriellen Revolution zu behandeln. - In diesem Versuch also, aus einer größeren geschichtlichen Sicht die globalen Probleme der Gegenwart zu betrachten, habe ich die drei Teile dieses Manifests verfasst und gerade in jenem Augenblick abgeschlossen, als die Corona-Krise ausbrach. Ich will damit sagen: In Bezug auf meine Darstellung der weltweiten Probleme könnte man durch die Corona-Krise nun vielleicht noch einiges ergänzen, aber ich bin mir ziemlich sicher, dass solche Ergänzungen an den wesentlichen Strategien, die ich zur Bewältigung der ökologischen und übrigen globalen Missstände vorgeschlagen habe, nicht mehr sehr viel ändern würden. Im Gegenteil:

Ich wage sogar zu behaupten, dass durch die Erfahrungen der Corona-Pandemie diese Strategien notwendiger und aktueller denn je sind, bloß dass man einzelne Strategien immer wieder modifizieren wird müssen. Ich denke dabei besonders an die Öffentlichkeitsarbeit der Umweltschutzbewegungen, beispielsweise an die Freitagsdemonstrationen der Fridays-for-Future-Bewegung, die 2020 wahrscheinlich nicht mehr in derselben Form stattfinden werden wie 2019, zumindest, solange es notwendig sein wird, größere Versammlungen zu vermeiden, um die Ausbreitung des Corona-Virus einzudämmen. Sogar Greta Thunberg, die moralisch führende Persönlichkeit dieser Bewegung, empfahl schon anfangs März 2020, zur Eindämmung des Virus bis auf Widerruf öffentliche Versammlungen zu vermeiden und bis dahin nur mehr über das Internet zu kommunizieren. Diese Empfehlung war übrigens besonders bemerkenswert und auch lobenswert, weil zu diesem Zeitpunkt die Regierung Schwedens, in dessen Land ja Greta lebt, im Gegensatz zu vielen anderen Regierungen in Europa, noch weit davon entfernt war, Verbote zu derartigen Versammlungen gesetzlich anzuordnen. Wahrscheinlich wird man aber auch unabhängig davon die Strategien der Fridays-For-Future-Bewegung in Zukunft immer wieder neu an die neuesten Veränderungen und regionalen Bedingungen in den verschiedenen Gesellschaften anpassen müssen, um den bestmöglichen Erfolg zu erzielen.

Beispielsweise bedarf es heute in Afrika anderer Strategien zum Umweltschutz als in Europa. So erklärte zum Beispiel Makenna Muigai, eine 17-jährige Schülerin aus Kenia, die vor allem für den Schutz des Regenwalds im Kongo-Becken und gegen Plastikmüll mobilisiert, warum Schulstreiks in Afrika nicht so populär sind, und zwar deshalb, weil Bildung in Afrika so kostbar ist, dass man dort nicht so leicht vom Unterricht fernbleiben will. Aufklärung über die Klimakrise beginnt für Muigai im Klassenzimmer, nicht auf der Straße. Ähnlich sieht das wahrscheinlich auch Vanessa Nakate, jene seit Jänner 2020 berühmte 23-jährige Wirtschaftswissenschaftlerin aus Uganda, die in einer Plattform für junge afrikanische Umwelt-Aktivist:innen, in der Bewegung „Rise Up Movement“, im Wesentlichen dieselben Ziele wie Greta Thunberg verfolgt.

Was aber Gretas Schulstreiks und die daraus entstandenen Aktivitäten der Fridays-For-Future-Bewegung betrifft, so wird kaum jemand bezweifeln, dass dieser Aktivismus notwendig war und zu einer Richtungsänderung der Klimapolitik beigetragen hat, zumindest in Europa 2019. Für umweltfreundliche Politiker/innen waren diese Demonstrationen jedenfalls eine Unterstützung ihrer Umweltpolitik. Dennoch ist sich Greta vermutlich längst bewusst, dass der strategische Effekt von Demonstrationen immer wieder neu überlegt werden muss, damit diese Aktivitäten in Bezug auf die aktuellen und regionalen Umstände auch wirklich einen optimalen Effekt für die Klimapolitik erzielen.

Wie aber schon gesagt: Im Jahr 2019 hatten diese Demonstrationen einen optimalen Effekt und entsprechend rechtfertigte Greta auch diesen Aktivismus in ihrer Rede in Davos 2019 mit folgenden Worten:

„Manche sagen, wir sollten keinen Aktivismus betreiben. Stattdessen sollten wir alles unseren Politikern überlassen und einfach bei Wahlen für einen Wandel stimmen. Aber was machen wir, wenn der politische Wille nicht da ist? Was machen wir, wenn die erforderliche Politik nirgendwo in Sicht ist?“

Glücklicherweise scheint nun aber diese Politik in Sichtweite zu kommen, wenn vielleicht auch noch nicht in jener maximalen Weise, wie sich das Greta und andere Umweltschützer/innen erhoffen. In jedem Fall aber hat Ursula von der Leyen trotz und sogar wegen der Corona-Pandemie die Notwendigkeit zu einer Ökologisierung der Wirtschaft in der Ausgabe „DIE ZEIT“ vom 8. 4. 2020 erneut betont, und zwar wörtlich wie folgt:

„Wir wissen spätestens durch die Corona-Krise: Es führt kein Weg zurück ins alte Verhalten. So wie wir jetzt schmerzhaft lernen mussten, dass wir für ein plötzlich weltweit auftretendes Virus viel besser gewappnet sein müssen, müssen wir verstehen, dass die weltumspannende und bisher unerbittlich voranschreitende Erderwärmung nicht weggeht.“

Einer der größte Fehler, den die Regierenden nach der Corona-Krise machen könnten, wäre der, diese Krise als Anlass dafür zu sehen, man könne sich auf Grund der durch die Corona-Krise notwendigen Sparmaßnahmen Investitionen in eine ökologischere Wirtschaft jetzt nicht leisten und man müsse noch weitere Jahre warten, bis man sich das leisten könne. Im Gegenteil: Mehrere Gründe sprechen dafür, dass sofort mit einer vollständigen Kursänderung in Richtung auf eine ökologischere Politik begonnen werden muss!

ZUM ERSTEN, weil die Umweltzerstörung und die Missachtung des Klimas ohnehin schon ein zu hohes Ausmaß erreicht haben und ZUM ZWEITEN, weil uns die Corona-Krise gelehrt hat, dass man derartige Krisen am besten bewältigen kann, je früher und sorgfältiger man auf solche Krisen reagiert. Wir haben gesehen: Verdrängungen und Verharmlosungen solcher Probleme machen derartige Probleme nur noch größer! ZUM DRITTEN dürfen wir nicht vergessen, dass die umweltfeindliche und letztlich auch menschenfeindliche Weltwirtschaft, die in den letzten Jahrzehnten praktiziert wurde, eine „Zeitbombe“ ist, die in den nächsten Jahrzehnten weitaus gefährlicher werden kann als das Corona-Virus! Diese Zeitbombe muss jetzt entschärft werden, indem wir die gesamte Konstruktion dieser Bombe - das heißt konkret - indem wir die wichtigsten kausalen Faktoren dieser destruktiven Weltwirtschaft vollständiger diagnostizieren, um durch die entsprechenden Strategien die wichtigsten Ursachen dieser destruktiven Weltwirtschaft und Weltpolitik bewältigen zu können.

Im vorliegenden Manifest wurden diese kausalen Faktoren und die therapeutischen Strategien zu deren Überwindung ausführlich beschrieben. Hier seien nur zwei dieser Faktoren besonders hervorgehoben: Unsere gegenwärtige Weltwirtschaft beruht neben unzähligen Wirtschaftsbereichen, die bei genauerer Betrachtung für das Allgemeinwohl nicht immer genügend „ökonomisch“ und „produktiv“ sind, auf zwei besonders kontraproduktiven Wirtschaftsbereichen, die zunehmend destruktiv werden, nämlich auf den Wirtschaftsbereichen der fossilen Industrien und jenen der Waffenindustrien. Diese zwei Bereiche wirken wie Krebszellen im globalen Organismus unserer Weltwirtschaft:

Vieles, was durch unzählige Millionen Arbeitskräfte der Weltwirtschaft für das Allgemeinwohl der Menschen geschaffen wird, wird durch diese beiden Wirtschaftszweige wieder zerstört. Jeder Mensch und jeder Staat besäßen ein weitaus größeres Kapital für das eigene Wohl, würden diese zwei zunehmend destruktiven Wirtschaftsbereiche nicht immer wieder direkt oder indirekt jene Kapitalien verkleinern, die sich die einzelnen Individuen und Nationen erarbeitet haben. Man halte sich nur einmal vor Augen, welches Unheil die Waffenindustrie ständig in der Welt anrichtet: Anstatt das Kapital in eine ökologischere Entwicklungszusammenarbeit zu investieren, investieren viele Regierungen das Kapital ihrer arbeitenden Menschen in eine perverse Aufrüstung und in einen Waffenhandel, womit sie Kriege in Afrika und im Nahen Osten anheizen und dadurch jenes soziale Elend und Flüchtlingselend vergrößern, zu deren Linderung und Überwindung dann kein Kapital mehr vorhanden ist. Zumindest angeblich!

Die Corona-Krise hat allerdings gezeigt, dass im Grunde weit mehr Kapital für wirklich produktive Investitionen vorhanden wäre, wollte man nur einmal alle wirtschaftlichen Kräfte mehr auf das Allgemeinwohl und weniger auf den Profit einzelner Betrüger konzentrieren, die gegenwärtig dabei sind, unsere Mitwelt, Umwelt und Nachwelt zu zerstören.

Greta Thunberg hat dieses Problem schon 2018 in der Rede bei der 24. UN-Klimakonferenz sehr treffend in folgenden Worten beschrieben:

„Wir sind dabei, unsere Zivilisation zu opfern, damit einige wenige die Möglichkeit haben, weiter enorme Mengen Geld zu verdienen. Wir sind dabei, die Biosphäre zu opfern, damit reiche Leute in Ländern wie meinem in Luxus leben können. Aber für den Luxus der wenigen bezahlen viele mit ihrem Leid. Im Jahr 2078 werde ich meinen 75. Geburtstag feiern. Falls ich Kinder habe, werden sie diesen Tag vielleicht mit mir zusammen verbringen. Vielleicht werden sie mich nach euch fragen. Vielleicht werden sie fragen, warum ihr nichts unternommen habt, solange noch Zeit dazu war? Ihr sagt, ihr liebt eure Kinder über alles. Und trotzdem stiehlt ihr ihnen die Zukunft.“

Diese zwei letzten Sätze sollten uns alle nachdenklich machen! Und nicht nur nachdenklich! Sie sollten uns alle zu einem neuen Planen und zu einem neuen Handeln motivieren!

Auch jetzt und besonders jetzt, nachdem unsere Weltwirtschaft durch die Corona-Krise heruntergefahren werden musste: Denn es mag sein, dass es nach dieser Krise noch einige Zeit dauern wird, bis jene Menschen, welche Arbeitsplätze verloren haben, eine neue Arbeit gefunden haben. Dieser Übergang zu einer neuen Wirtschaft bietet aber trotz aller Probleme auch eine Chance, sowohl für die Arbeitssuchenden wie auch für die Führungskräfte in der Politik, nämlich die Chance, ökologischere Wirtschaftsbereiche, Arbeitsfelder und Berufe zu suchen und zu schaffen.

Eine Nachfrage nach Tätigkeiten in diesem Bereich wird es mehr als genug geben und zudem kann man davon ausgehen, dass Tätigkeiten, die der Mitwelt und Nachwelt dienen, auf Grund dieser Zielsetzungen nicht nur sinnvoller und dadurch für viele Menschen auch befriedigender sein werden, sondern dass solche Berufe dadurch auch mehr zur Arbeit und Produktivität motivieren. Jeder normale Mensch will etwas Positives und Sinnvolles schaffen. Selbst, wenn er genug zum Leben hätte und kein Geld verdienen müsste, würde er sich irgendeine sinnvolle Arbeit suchen.

Die Politik müsste daher diese Tatsache nur unterstützen und fördern, ähnlich wie das die EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen in einem neuen „Marshallplan“ vorgeschlagen hat. Dieser Marshallplan, wenn zunächst auch nur für Europa gedacht, könnte vielleicht auch ein Friedensplan werden für eine ökologischere und kooperativere Zusammenarbeit aller Nationen. In jedem Fall sollte man versuchen, einen solchen Plan auf dieses Ziel auszurichten. Denn Frieden in Europa wie auch in allen anderen Erdteilen kann es heute nur dann geben, wenn die Regierungen aller Nationen eine neue Politik und auch neue Ethik kultivieren, in der vor allem das Ziel verfolgt werden müsste, im Interesse des Allgemeinwohls aller Menschen und der kommenden Generationen zu denken und zu handeln.

Der Übergang zu einer derartig neuen Weltpolitik, die bisher viel zu sehr von einseitigem und extremistischem Nationalismus und Egoismus geprägt war, wird allerdings nicht ganz leicht sein. Man kann nicht erwarten, dass sich nationalistische Verhaltensmuster, die sich in ökonomischen Strukturen, beispielsweise in der militärischen Rüstung und in der Waffenindustrie festgesetzt haben, darüber hinaus auch in nationalistischen Traditionen und in den einseitigen und extremistischen Vorurteilen nationalistischer Ideologien, von heute auf morgen in übernationale und humanistische Verhaltensmuster verwandeln werden.

Möglicherweise würde sogar ein zu revolutionärer und mehr oder weniger gewaltsamer oder durch Gesetze erzwungener Versuch, jeglichen „Nationalismus“ durch einen „Humanismus“ zu ersetzen, zu einer gewissen Unordnung führen. Mit anderen Worten: Es bedarf wahrscheinlich eines Stufenplans für einen ordentlichen Übergang zu einer „neuen internationalen Zusammenarbeit“ und zu einer „neuen Globalisierung“. Dementsprechend bedarf es zunächst eines „Marshallplans für Europa“ und erst im Anschluss darauf weiterer Pläne zur sukzessiven Solidarisierung der Nationen.

Zuerst muss einmal Europa versuchen, sich besser zu solidarisieren, ausgehend von dessen zentralen Staaten. Leider ist Europa heute noch gar nicht in der Lage, eine befriedigende Zusammenarbeit der europäischen Länder innerhalb der EU zu verwirklichen. Andererseits wird man eine vollkommen ideale Zusammenarbeit wahrscheinlich nie vollständig erreichen und wollte man Pläne zu einer größeren Solidarität aller Nationen erst dann zu verwirklichen versuchen, wenn Europa in vollkommener Weise vereint wäre, dann könnte man wohl nie eine größere Solidarität zustande bringen.

Man wird also, wie schon oben erwähnt, als höchstes Ziel immer das Allgemeinwohl der gesamten Menschheit vor Augen haben müssen, auch bei einem Marshallplan, der sich zunächst fast nur auf Europa konzentrieren müsste.

In jedem Fall haben uns die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie besonders deutlich gemacht, dass wir einerseits einer neuen europäischen Politik und andererseits einer neuen Globalisierung bedürfen! So bedürfen wir einerseits einer „neuen Autarkie“, aber auch einer „neuen Globalisierung“, damit ein „neues und besseres Gleichgewicht“ zwischen einem „berechtigten europäischen Nationalismus“ und dem gleichzeitig notwendigen „globalen Humanismus“ geschaffen werden kann.

Man hat aus verschiedenen Erwägungen bisher gemeint, ein friedlicher und kooperativer Zustand zwischen den Nationen ließe sich am besten durch gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten zustande bringen. Auf diese Weise versuchte man beispielsweise die ersten Staaten der Europäischen Union besser aneinander zu binden. In ähnlicher Weise versuchte man dann später verschiedene politische Systeme, wie beispielsweise die VR China mit der europäischen und übrigen westlichen Welt, besser zusammenzubringen. Man vergaß dabei aber gewisse humanistische Regeln und überließ zu viel der sogenannten freien Wirtschaft, sodass am Ende zu viele ökonomische Abhängigkeiten und in der Folge auch zu viele Ressentiments entstanden. Manche Nationen fühlten sich von anderen in eine imperialistische Abhängigkeit gedrängt, sodass durch diese Form der Globalisierung der Nationalismus keineswegs kleiner, sondern in versteckter und aufgestauter Form noch größer wurde.

Die Frage ist also nun: Können wir etwas tun, um diesen falschen Kurs der Globalisierung zu korrigieren? Ja, wir können das! Einerseits sollten wir versuchen, wirtschaftlich autarker zu werden, ohne allerdings in das Gegenextrem zu fallen und zu meinen, wir müssten nun zu viele wirtschaftliche Verbindungen auflösen. Andererseits sollten wir uns bemühen, jene wirtschaftlichen Verbindungen, die wir nun auflösen, durch andere Verbindungen zu ersetzen, beispielsweise durch das Bemühen, in wissenschaftlichen, philosophischen und kulturellen Bereichen Verbindungen zu schaffen, vor allem dort, worin sich die verschiedenen Nationen und Kulturen gegenseitig ergänzen und einen Fortschritt in menschlichen Gemeinsamkeiten zustande bringen können.

Derartige Ergänzungen wären zum Beispiel von Seiten der fernöstlichen Kulturen, im Besonderen von Seiten der chinesischen Kultur, zu den westlichen Kulturen, besonders zur europäischen Kultur, sehr gut möglich. Es ist merkwürdig, dass diese Verbindungs- und Ergänzungsmöglichkeiten bisher nicht genügend genützt wurden. Ein Grund für diese an Xenophobie grenzende Zurückhaltung lag wahrscheinlich in einem versteckten Nationalismus auf einer Seite oder auf beiden Seiten dieser Kulturen und dabei auf einem Gefühl der Überlegenheit gegenüber der anderen Seite. Dieses Gefühl mag auch in bestimmten Bereichen berechtigt gewesen sein, weil fast jede Kultur bestimmte Vorzüge hat, in der sie anderen überlegen ist. Aber aus dieser Überlegenheit den Schluss zu ziehen, dass man fast in allen kulturellen Bereichen anderen Kulturen überlegen sein müsse, das ist eben eine überhebliche Schlussfolgerung, zu der viele Nationalisten und Extremisten tendieren und die auch immer wieder zu Konflikten zwischen den Nationen geführt hat.

Dieses beschriebene Problem, das Gefühl einer nationalen, kulturellen oder ideologischen Überlegenheit gegenüber anderen Kulturen, das oft noch durch überhebliche Dogmen verstärkt wird, ist ein entscheidender Grund dafür, warum wir in unserer heutigen Welt noch keine ausreichende internationale und ökologische Zusammenarbeit entwickelt haben.

Wir müssen also in diesem Sinn eine neue Form der internationalen und interkulturellen Zusammenarbeit entwickeln und dabei zu erkennen versuchen, dass es zwischen den verschiedenen Kulturen, Ideologien und Wertsystemen Werte gibt, die „über“ den verschiedenen Systemen stehen und die erst als „Früchte“ oder „Synthesen“ in einer konstruktiv dialektischen, richtig respektvollen, wertschätzenden und fruchtbaren Kommunikation zwischen den Systemen sichtbar werden. Um das Gesagte verständlicher zu machen, betrachten und vergleichen wir einmal nur kurz die Werte der liberalen und demokratischen Wertsysteme, wie diese in der EU oder in den USA kultiviert werden, mit den Werten der sozialistischen oder kommunistischen Wertsysteme, wie diese in der VR China praktiziert werden:

Die Vertreter der liberalen Systeme werden dabei vor allem den Wert der individuellen Freiheit, des einzelnen Menschen und des „INDIVIDUELLEN WOHLs“ hervorheben, die Vertreter sozialer Systeme dagegen vor allem den Wert der menschlichen Gemeinschaft, des Staates und des „ALLGEMEINWOHLs“. Beide Systeme gehören aber zusammen und ergänzen sich gegenseitig, sodass es eigentlich absurd wäre, zu meinen, die Freiheit allein ohne jeglichen Bezug zu einer sozialen Gemeinschaft hätte schon einen moralischen oder politischen Wert, wie es ebenso unsinnig wäre, eine Gemeinschaft ohne individuelle Freiheit als Wert zu betrachten. Um es noch deutlicher zu sagen: Die individuelle Freiheit oder die Freiheit zur individuellen Verwirklichung ist an sich noch kein Wert und kann sich sowohl zum Guten wie auch zum Schlechten entwickeln, je nachdem ob sich das betreffende Individuum nur als Egoist, unter Umständen sogar nur als rücksichtsloser, gemeingefährlicher oder gar krimineller oder destruktiver Egoist verwirklicht, oder umgekehrt als Individuum, das mit der Gemeinschaft harmoniert.

Die individuelle Freiheit oder das individuelle Wohl gewinnt also nur dann einen moralischen oder politischen Wert, je mehr das „individuelle Wohl“ mit dem „Allgemeinwohl“ harmoniert. Umgekehrt verwirklicht sich aber auch der Begriff des „Allgemeinwohls“ desto mehr, je mehr dieser Begriff auf dem „Eigenwohl der Individuen“ beruht, weil ja dieser Begriff andernfalls nur ein betrügerisches Etikett für ein „pseudosozialistisches“ oder „pseudokommunistisches“ System wäre, das weder einem wirklichen Sozialismus noch einem wirklichen Kommunismus, sondern nur einem System von Diktatoren oder Oligarchen dienen würde. Auf Grund dessen kann sich ein echt soziales System auch nur in einer freien Demokratie entwickeln, wobei allerdings die Freiheit dieser Demokratie auch immer im oben beschriebenen Sinn begrenzt und durch die Verfassung in Richtung auf das Allgemeinwohl gelenkt werden muss. Denn das Volk allein kann immer nur den Willen des Volks zu einer bestimmten Zeit zum Ausdruck bringen, niemals aber den Willen der gesamten Menschheit einschließlich der gesamten Nachwelt, obwohl es Ziel jedes humanistischen Staates sein müsste, diesen Willen des Allgemeinwohls so weit wie möglich zu erkennen und zu verwirklichen.

Daraus folgt, dass die „Demokratie“ im ursprünglichen Sinn des Wortes, nämlich die bloße „Herrschaft des Volks“, nicht die einzige Grundlage eines humanistischen Rechtsstaates sein kann, weil der Begriff der „Demokratie“ ebenso wie der Begriff der „individuellen Freiheit“ keinen absoluten moralischen Wert darstellt. Einen derartig absoluten Wert kann dagegen nur ein in der Verfassung definiertes höchstes Staatsziel liefern, das immer wieder neu zu erstreben ist, nämlich DAS IDEAL DES ALLGEMEINWOHLS, dem sich jeder humanistische Staat verpflichten muss!

Nun ist es aber nicht meine Absicht, hier im Vorwort dieses politische Problem ausführlicher zu beschreiben, nachdem ich im vorliegenden Manifest ohnehin zur Genüge versucht habe, dieses Problem gründlich zu behandeln. Es sei hier nur darauf hingewiesen, warum es für alle Nationen heute sehr hilfreich wäre, wenn es im Bemühen um eine bessere internationale Zusammenarbeit und um eine neue und bessere Globalisierung nun endlich gelänge, die verschiedenen Systeme der „sozialistischen“ und der „freien“ Welt einander näherzubringen.

Denn beide Systeme könnten sich gegenseitig ergänzen und dadurch in Zukunft ein System entwickeln, das letztlich allen zu Gute käme. Es ist daher zu hoffen, dass die Regierungen beider Systeme genügend Mut und Liebe entwickeln, um eine fruchtbare interkulturelle Zusammenarbeit aufbauen zu können. Erst auf der Basis einer solchen interkulturellen Zusammenarbeit wird man dann auch gegenseitige wirtschaftliche Beziehungen und Abhängigkeiten weiter intensivieren können, weil andernfalls immer wieder ein gewisses Misstrauen diese Beziehungen stören könnte, und zwar desto mehr, je größer die ideologischen und moralischen Unterschiede zwischen diesen Systemen wären.

Dazu kommt, dass die Globalisierung, wie sie in den vergangenen Jahrzehnten praktiziert wurde, heute einen Extrempunkt erreicht hat, der einer dringenden Reform bedarf, wenn diese Globalisierung nicht zusammenbrechen und zu extremistischen Nationalismen und gewaltsamen Konflikten führen soll.

Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass zu große wirtschaftliche Abhängigkeiten sehr riskant werden können, wenn Lieferungen von einzelnen Produkten innerhalb einer Produktionskette plötzlich ausfallen.

Man wird aus dieser Erfahrung verschiedene Lehren ziehen können, unter anderem die Schlussfolgerung, dass man zukünftig mehr versuchen sollte, möglichst viele Produkte selbst herzustellen und solche Produkte, die man selbst nicht herstellen kann, von mehreren Ländern zu beziehen. Gleichzeitig wird man hoffentlich aber auch so klug sein, auf Grund der zunehmenden ökologischen Probleme den Transportweg von Waren möglichst klein zu halten.

In jedem Fall wurden durch die Corona-Krise die negativen Begleiterscheinungen der Globalisierung und die Abhängigkeit einzelner Nationen von anderen bewusster als zuvor. Aber bestimmte Ressentiments gegen diese Abhängigkeiten bestanden wahrscheinlich schon vorher, besonders gegenüber der wirtschaftlich expandierenden Volksrepublik China, nachdem innerhalb der EU immer wieder die Befürchtung geäußert wurde, China wolle die EU spalten und seine wirtschaftlichen Kooperationspartner sowohl wirtschaftlich als auch politisch in despotischer Weise abhängig machen. Wie weit diese Ressentiments berechtigt waren oder nur auf der Befürchtung beruhten, China könne heute ähnliche imperialistische Absichten haben wie einst europäische Staaten in den vergangenen Jahrhunderten, lässt sich hier nicht beurteilen.

Eines aber steht fest: Die Welt wächst heute immer mehr zusammen. Wenn kein Chaos entstehen soll, das für alle verderblich wäre, dann wird es zunehmend einer gerechteren und demokratischeren Ordnung bedürfen. Die meisten Staaten werden es gewiss nicht auf Dauer dulden, sich wie in den Zeiten des Imperialismus von irgendeinem anderen Staat beherrschen zu lassen. Das Bedürfnis nach einer gerechteren Globalisierung wird immer größer werden, gerade durch den gegenwärtig noch zunehmenden Despotismus in verschiedenen Staaten der Gegenwart.

Die Kreditwürdigkeit jener Staaten wird dabei desto größer werden, je größer sich diese Kreditwürdigkeit im gesamten Verhalten dieser Staaten, also in der Verlässlichkeit, Ehrlichkeit und demokratischen Transparenz des innenpolitischen und außenpolitischen Verhaltens dieser Staaten, nachweisen lassen wird.

Denn es steht außer Frage: Auch wenn sich jetzt die Notwendigkeit gezeigt hat, in der heutigen Welt in wirtschaftlichen Bereichen möglichst autark zu bleiben oder wieder autarker zu werden, so wird es umgekehrt in politischer und moralischer Hinsicht immer notwendiger werden, ein möglichst allgemeinverbindliches Wertsystem zu entwickeln, um den Abbau der wirtschaftlichen Bündnisse durch die Entwicklung politischer und kultureller Verbindungen auszugleichen und dadurch den Frieden und die interkulturelle Zusammenarbeit zwischen den Nationen zu fördern.

Diese Notwendigkeit zur Entwicklung eines allgemeinverbindlichen Wertsystems ergibt sich auch schon daraus, weil unzählige extremistische Wertsysteme heute immer noch das weltpolitische Geschehen beherrschen und diese verschiedenen Extremismen letztlich hauptverantwortlich sind für die gegenwärtige Zerstörung der Umwelt und der materiellen und seelischen Grundlagen des menschlichen Lebens. Auch die traditionelle Weltwirtschaft, die zum Teil zwar selbst Grundlage der traditionellen Kulturen ist, beruht auch wieder auf den Traditionen, Gewohnheiten und Grundsätzen unserer gegenwärtigen Kulturen und Wertsysteme. Das heißt: Wenn wir die Weltwirtschaft vernünftiger, ökonomischer, ökologischer, gesünder und menschlicher machen wollen, dann müssen wir gleichzeitig auch versuchen, unsere Wertsysteme, Religionen und Ideologien entsprechend zu reformieren und zu erweitern.

Man hat diese Notwendigkeit zu einer Reform der moralischen Grundlagen bisher zu sehr tabuisiert und verdrängt, teils vielleicht auch auf Grund der Tatsache, dass man im blinden und hektischen Streben des bisherigen Kapitalismus nach maximal materiellem Gewinn und nach quantitativ greifbarem Wachstum gar nicht die Zeit zur Reflexion fand, um über den höheren Sinn des menschlichen Strebens reflektieren zu können.

Unzählige Menschen, auch in den führenden Bereichen des politischen und ökonomischen Lebens, haben zwar in unterschiedlicher Weise bestimmte moralische, ideologische oder religiöse Orientierungen, aber wie man sehen kann, sind diese moralischen Bezüge oft sehr widersprüchlich, oberflächlich, einseitig und nicht genügend philosophisch fundiert.

Dieser Mangel an philosophischer Bildung und Selbstständigkeit widerspricht aber eigentlich dem Sinn einer Welt, in der man in vielen anderen Bereichen, wie etwa im Streben nach technischem und wirtschaftlichem Fortschritt, fortschrittlich zu sein meint. Denn der technische Fortschritt, dessen Sinn ja darin liegen sollte, den Menschen von maschinellen Tätigkeiten zu befreien, um ihm mehr Zeit zu geben zur Reflexion, zur Planung und zur Vervollkommnung seines Lebens und Liebens, dieser technische Fortschritt wurde für diese Zwecke zu wenig genützt. Im Gegenteil: Der Mensch verlor gerade in den industriell und technisch fortgeschrittenen Ländern mehr und mehr seine Fähigkeit zur Reflexion und wurde noch hektischer und blinder als zuvor.

Woher mag das gekommen sein? Lag das vielleicht daran, dass der zunächst deutlich sichtbare materielle Fortschritt durch die Industrielle Revolution einen blinden Glauben in einen Materialismus erzeugte, in dem man hoffte, ständig neue materielle Güter gewinnen zu können und in dem man von einem unbegrenzten materiellen Wachstum träumte? Begann dann dadurch ein blinder Wettlauf um diese materiellen Werte, jener egoistische und zunehmend destruktive Wettlauf, der uns nun an die Grenzen dieses Wachstums gebracht hat?

In jedem Fall bedarf es heute einer grundlegenden Umkehr in unseren moralischen Gewohnheiten und es bedarf einer neuen Moralphilosophie, in der man versuchen müsste, die großen und sozialen Wertsysteme der Menschheit in einem allgemeinverbindlichen Wertsystem zu vereinen, um auf dieser Basis die Entwicklung zu einer sozialeren und ökologischeren Weltpolitik und Weltwirtschaft zu fördern.